



**Bürger  
initiative**  
Umweltschutz  
Lüchow-Dannenberg

# Gorleben Rundschau

Wir sind die Wendeln: Energie • Klima • Mobilität • Gesellschaft

VII-IX/2024 • #1097



## Spaltung

An den Stammtischen wird heiß diskutiert, ob Deutschland mit dem Atomausstieg richtig lag. Allzu verlockend scheinen die Möglichkeiten einer modernen Atomkraft. Oder ist das Fake?

## Vereinigung

Kernfusion verspricht nahezu unendliche Energie bei wenig Einsatz von Brennstoff. Stimmt das? Wo steht die Forschung? Und wann geht der erste kommerzielle Reaktor ans Netz?

## Beobachtung

Im Zwischenlager Gorleben stehen in den nächsten Jahren zahlreiche Neugenehmigungen von Altlasten an. Die Bürgerinitiative schaut den Behörden sehr genau auf die Finger.



Foto Cover: Wolfgang Fliser (MPI für Plasmaphysik); Foto S. 2: Nils-Leon Brauer; Foto S. 3: PubliXView/ing

Die globale Erderwärmung ist mit „Klimawandel“ falsch und zu klein beschrieben und hat mit „Klimaschutz“ die falsche Vokabel gewählt. Wir schützen ja nicht das Klima. Dem Klima ist es im Grunde egal, wie heiß es ist. Das Klima ist auch noch da und irgendwie ein anderes Klima, wenn es zwei oder vier Grad wärmer ist. Aber menschliches Leben, menschenwürdiges Leben, freies Leben von Menschen unter den Bedingungen von einer grassierenden globalen Erderwärmung, bei Wassermangel, bei Ausfall von Nahrung, bei Versorgungsnot, bei Überschwemmungen, bei Flut, bei Dürren – das wird immer schwerer möglich sein. Klimaschutz ist also so gesehen eigentlich das falsche Wort. Wir schützen, wenn wir das Klima schützen: Freiheit, menschenwürdiges Leben, Menschlichkeit auf der Erde.

**Robert Habeck**  
Bündnis 90 / Die Grünen

**Bundesminister für  
Wirtschaft und Klimaschutz**

**beim Digital-Festival  
#omr24 in Hamburg**



Das Titelfoto zeigt ein Teil des Plasmagefäßes der Kernfusions-Experimentieranlage Wendelstein 7-X während der Fertigung

## Impressum

**46. Jahrgang**  
Ausgabe 1092  
Juli, August, September 2024

Die Gorleben Rundschau ist ein kostenloses Informationsblatt der Bürgerinitiative Umweltschutz Lüchow-Dannenberg e.V.

**Kontakt**  
Rosenstraße 20, 29439 Lüchow  
Telefon: 05841-4684

**Mail und Internet**  
service@gorleben-rundschau.de  
redaktion@gorleben-rundschau.de  
www.gorleben-rundschau.de

**Ältere Ausgaben**  
Ältere Ausgaben können von unserer Website heruntergeladen werden.

**Verantwortlich (V.i.S.d.P.)**  
Andreas Conradt (ac)  
Torsten Koopmann (kp)  
Adresse wie vorstehend

**Redaktion**  
Wolfgang Ehmke (we), Birgit Huneke (bh),  
Wilma Wallat (ww)

**Produktion**  
Layout: Andreas Conradt  
Korrektorat: Wilma Wallat

**Druck, Papier, Farben**  
dieUmweltdruckerei GmbH, Hannover  
Papier: Recycling-Premiumweiß, FSC-Recycled  
Farbe: Flint-Novavit F 900 EXTREME BIO



**Weitere Text- und Bildrechte**  
wie namentlich gekennzeichnet

### Copyright, Syndication



Mit dem nebenstehenden Symbol gekennzeichnete Artikel stehen unter einer Creative-Commons-Lizenz (CC). Sie dürfen bei Nennung des/der Autor/-in mit dem Zusatz „/Gorleben Rundschau“ frei verwendet (BY) und für unkommerzielle Zwecke (NC) unter gleichen Bedingungen weitergegeben werden (SA). Die Texte können unserer Website digital entnommen werden.

**ACHTUNG:** Bildrechte liegen bei den angegebenen Quellen.

Namentlich gekennzeichnete Beiträge geben allein die Meinungen der Verfasserinnen und Verfasser wieder.

Urheber von Abbildungen, deren Quelle wir nicht ermitteln konnten, bitten wir freundlich um Kontaktaufnahme unter: redaktion@gorleben-rundschau.de



Martin Donat ist Vorsitzender  
der Bürgerinitiative Lüchow-Dannenberg

Gruselt es Sie auch nach dieser Europawahl? Grundsätzlich sollten der Pluralismus und die breite Palette an Ideen und Lösungsansätzen für die erdrückenden Probleme unserer Zeit und Welt ja gerade der lebensbejahende Standortvorteil einer liberalen Demokratie sein. Voraussetzung dafür wären allerdings zuerst das Vorhandensein überhaupt eines „demos“, eines am gemeinsamen, friedlichen, gerechten und in eine nachhaltige Zukunft gerichteten Lebens interessierten Staatsvolkes, zum Weiteren eine wenigstens in den Grundzügen politisierte Bevölkerung. Darüber hinaus braucht es auch stets einen (ausreichenden) Raum des offenen politischen Diskurses, in dem rationale Argumente ausgetauscht und abgewogen werden können und – nicht zuletzt! – auch die direkte und unmittelbare Beteiligung daran durch eben die Menschen, die schließlich diese Wahl- und Zukunftsentscheidungen treffen sollen.

Spätestens seit dem Datenskandal von *Cambridge Analytica*, der den Brexit ermöglichte und Donald Trump an die Macht spülte, sollte uns allen klar sein, dass es den Betreibern Sozialer Medien inzwischen längst gelungen ist, einen derartigen Raum perfekt zu simulieren und ihren unzählbaren Kund:innen ein Gefühl der Selbstwirksamkeit zu vermitteln, welches diese offenbar in der realen Kommunikation inzwischen schmerzhaft vermissen. Während aber die Demokratie auf solidarisches Zusammenleben, sozialen Ausgleich und letztlich auf ein gutes Leben für alle abzielt (oder abzielen sollte), treibt die großen Konzerne der Wettbewerb um Marktanteile und damit um die Konzentration von Macht und Kapital an. Staatliche Regulation, die dem im öffentlichen Interesse entgegenwirkt, wird folgerichtig als störend empfunden und systemisch bekämpft.

Nach Putin, Xi Jinping, Bolsonaro und Trump betritt nun mit dem Rechtspopulisten Javier Milei in Argentinien ein weiterer „autoritärer Modernisierer“ die Weltbühne, der sich selbst als „Anarchokapitalist“ bezeichnet und der clownesk verdeutlicht, um was es (auch) geht: Neoliberalismus steht als „imperialistische Marktwirtschaft“ dem Gleichheitsprinzip der Demokratie feindlich gegenüber. Egoistische Privatinteressen und das „Recht auf Konsum“ überlagern zunehmend die freiheitlichen Ideale partizipativer politischer Kultur.

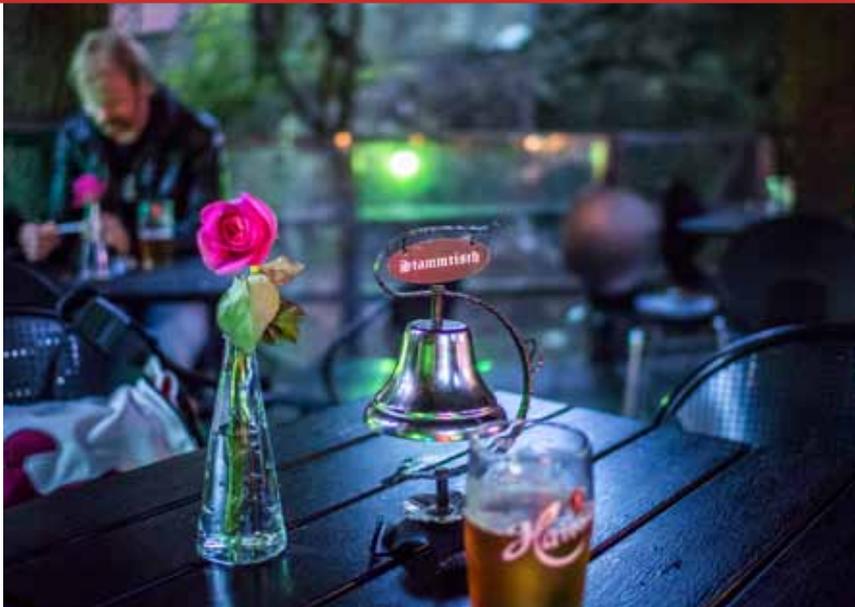
Immerhin ein Fünftel der „Generation Lockdown“ soll sich in dieser Wahl den nationalistischen, rassistischen und totalitären Idealen ihrer Urgroßeltern angeschlossen haben. Mit angeblichem „Jugendprotest“ hat das wohl weniger zu tun, vielmehr scheint diese konsumgewohnte Generation in Teilen mehr von Ängsten als von Zukunftsvisionen geleitet zu sein, dabei aber die konkreten und realen Folgen ihrer virtuell anmutenden Wahlentscheidung nicht überblicken zu können. Die „Regelkonformität“ der *Generation Z* resultiere aus Unsicherheit, nicht aus Reife, was sie älter wirken ließe; und ihre Bevorzugung von Sicherheit sowie das Getriebensein von digitalen Inhalten ließe sie tatsächlich schneller altern, sagt die Forschung ... Was für ein Glück doch, dass sich vier Fünftel der Erstwählenden im demokratischen Spektrum bewegten und damit immer noch mehrheitlich ihr Votum für eine nachhaltige Zukunft abgegeben haben.

Und was machen wir?

Wir fordern zivilgesellschaftliche Beteiligung, stellen uns dem politischen und wissenschaftlichen Diskurs und betreiben Aufklärung. Seit Jahrzehnten.

# It's all Fake News. Stammtisch – Eat This!

Fans der Atomkraft bedienen sich häufig falscher Argumente zur angeblichen Untermauerung ihrer atomfreundlichen Positionen. Andreas Conradt hat die Aussagen durchleuchtet.



**Bisweilen werden Behauptungen aufgestellt, insbesondere die USA bauten Reaktoren, die radioaktive Abfälle verarbeiten könnten. Dies wird teilweise als Argument verwendet, dass es eigentlich keiner Endlager für die radioaktiven Abfälle mehr bedürfe, wenn sie in solchen Reaktoren verwendet werden könnten.**

► **Diese Darstellung ist falsch!** Die USA verfolgen gemäß dem *US Department of Energy (DOE)* die Entsorgung radioaktiver Abfälle durch Endlagerung in geologischen Formationen. Ebenso wie Deutschland forschen die USA an drei Wirtsgesteinstypen.

Das Ziel, hochradioaktive Abfälle für lange Zeiten in tiefen geologischen Formationen zu lagern, ist darüber hinaus internationaler Konsens. Die USA bauen keine Reaktoren, die ein Endlager überflüssig machen würden. Derzeit wird in den USA ein konventioneller Leichtwasserreaktor gebaut, der hochradioaktive Abfälle in gleicher Größenordnung produzieren wird wie die meisten Kernkraftwerke auf der Welt.

Darüber hinaus gibt es lediglich seit Jahrzehnten andauernde Forschungs- und Entwicklungsprojekte für alternative Reaktorkonzepte, die bis heute weder zu einem Bau von Prototypen noch zu einem regulären Betrieb geführt haben. Es ist auch nicht erkennbar, dass diese Reaktorkonzepte gezielt auf die Transmutation, also die Behandlung von hochradioaktiven Abfällen der bisherigen Kernenergienutzung ausgelegt sind.

Hochradioaktive Abfälle aus dem Betrieb von Kernreaktoren bestehen aus drei Gruppen von Stoffen: Zum einen sind das Spaltprodukte, die durch Kernspaltung entstehen. Darüber hinaus besteht Atommüll aus Uran aus dem Kernreaktor, das nicht verbraucht wurde, hauptsächlich Uran-238. Die dritte Gruppe sind Transurane, also Stoffe, die durch den Neutroneneinfang aus Uran entstanden sind. Aktuell verfolgte Forschungskonzepte zur Transmutation beschäftigen sich mit der Frage, inwiefern Transurane in Reaktoren gespalten werden könnten. Hierbei würden aber neue Spaltprodukte entstehen – und damit erneut hochradioaktiver Abfall.

Auch wenn ein Reaktor verfügbar wäre, der alle Transurane transmutieren könnte – was heute trotz jahrzehntelanger Forschung nicht absehbar ist – bräuchte es immer noch ein Endlager für die Spaltprodukte.

**Eine weitere oft gehörte Behauptung ist, insbesondere Frankreich sei mit einem Programm zum umfangreichen Ausbau seines AKW-Parks auf einem guten Weg bei der Reduzierung des CO<sub>2</sub>-Ausstoßes.**

► **Diese Darstellung ist falsch!**

In einer Rede im Februar 2022 sprach Frankreichs Präsident Emmanuel Macron von der Möglichkeit, bis zum Jahr 2050 insgesamt 14 zusätzliche konventionelle große Reaktoren zu errichten. Tatsächlich geplant ist davon derzeit der Bau von sechs neuen EPR-2-Reaktoren, die in der Nähe bereits bestehender Kernkraftwerke entstehen sollen. Das erste Reaktorpaar bei Penly soll nach Aussage der französischen Regierung 2035 ans Netz gehen. Der Bau von acht weiteren EPR-2-Reaktoren soll auf Wunsch der Regierung geprüft werden. Bei EPR-2-Reaktoren handelt es sich um eine Weiterentwicklung des *European Pressurized Reactor*. Detaillierte Designs für diesen Reaktor müssen noch erarbeitet werden. Als Teil der Investment-Strategie *France 2030* hat die französische Regierung ein Investment in Höhe von einer Milliarde Euro in SMR-Projekte angekündigt. Ein erster Prototyp wird durch die französische Regierung jedoch nicht vor 2030 erwartet. In diesem Zusammenhang ist darauf hinzuweisen, dass in Frankreich seit 1999 kein neuer Kernreaktor zur Stromerzeugung ans Netz gegangen ist. Der einzige Neubau eines Reaktors, Flamanville-3, hat 2007 begonnen und sollte ursprünglich 2012 abgeschlossen sein. Eine Inbetriebnahme ist aktuell für 2025 vorgesehen. Die Projektkosten haben sich im Laufe der Bauzeit vervielfacht.

**Als Heilsbringer schlecht-hin wird das angeblich neue Konzept der Small Modular Reactors (SMR), zu Deutsch „Kleine Modulare Reaktoren“, genannt. Sie seien billiger und schneller zu bauen.**

**Zukunft mit oder ohne Atom?**



Behauptung: Dunkelflauten erfordern grundsätzlich das Bereithalten eines konventionellen Kraftwerks, um auch in windstillen Wintertagen oder langen Nächten genug Strom zur Verfügung zu haben. **Diese Darstellung ist falsch!** Übers Jahr gesehen gleichen sich Solar und Wind sehr gut aus: Bei nahezu gleichmäßiger Ausbeute gibt es im Sommer viel Solar-, im Winter viel Windstrom. Konventionelle Kraftwerke werden also nur noch so lange benötigt, bis der Strombedarf vollständig über erneuerbare Energien gedeckt werden kann.

► **Diese Darstellung ist falsch!**

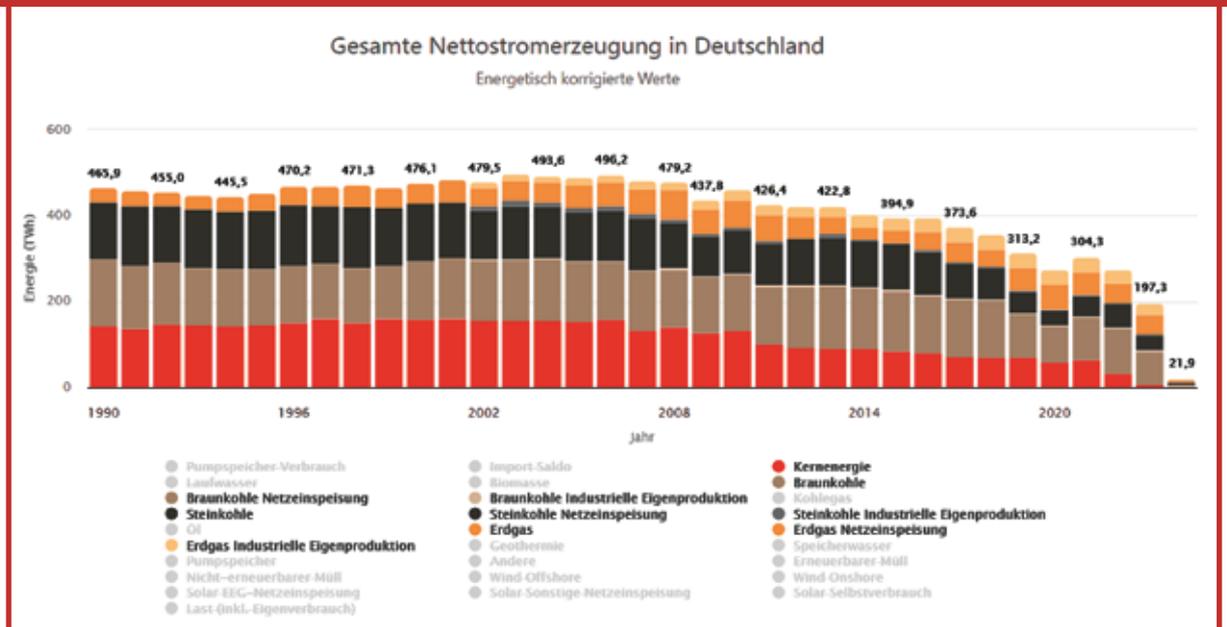
Weltweit existieren heute zwar unterschiedlichste Konzepte und Entwicklungen für SMR. Die überwiegende Mehrzahl davon befindet sich aber immer noch auf der Ebene von Konzeptstudien. Hinzu kommt, dass der angeblich größte Vorteil der SMR auch ihr größter Nachteil wäre: Um weltweit dieselbe elektrische Leistung zu erzeugen wie mit heutigen neuen Atomkraftwerken, wäre eine um den Faktor drei bis 1000 größere Anzahl an Anlagen erforderlich. Anstelle von heute circa 400 Reaktoren mit großer Leistung würde dies also den Bau von vielen tausend bis zehntausend SMR-Anlagen bedeuten – mit entsprechender Bürokratie und einer Flut an Protesten.

Durch die geringe elektrische Leistung sind bei SMR die Baukosten relativ betrachtet höher als bei großen Atomkraftwerken. Eine Produktionskostenrechnung unter Berücksichtigung von Skalen-, Massen- und Lerneffekten aus der Atomindustrie legt nahe, dass im Mittel dreitausend SMR produziert werden müssten, bevor sich der Einstieg einer Firma in die SMR-Produktion überhaupt lohnen würde. Dieses Ziel liegt in

weiter Ferne. Zudem werden verschiedene Risiken, die mit Vervielfachung der Zahl der Anlagen einhergehen, bei der Planung weitgehend vernachlässigt, insbesondere Fragen des Transports, des Rückbaus sowie der Zwischen- und Endlagerung.

Eine weitere wesentliche Begründung für die Entwicklung von SMR-Konzepten ist die Erwartung kürzerer Zeithorizonte, insbesondere geringerer Bauzeiten und unter Umständen auch ein weniger komplizierter Rückbau. Die Betrachtung aktuell im Bau beziehungsweise Betrieb befindlicher Anlagen lässt diese Vermutung als nicht empirisch fundiert erscheinen: Planungs-, Entwicklungs- und Bauzeiten übersteigen die ursprünglichen Zeithorizonte in der Regel um ein Vielfaches. Die Erfahrungen deuten darauf hin, dass die Betriebszeiten von SMR-Vorhaben kurz sind und der Rückbau sich als langwierig erweist.

Die aktuelle Entwicklung von SMRs ist derzeit größtenteils staatlich finanziert und findet in starkem Maß in den USA, Kanada und dem Vereinten Königreich statt. Gerüchte, wonach Frankreich bereits kleine Reaktoren



Behauptung: Der Atomausstieg hat zu einem Anstieg der Stromproduktion aus fossilen Brennstoffen geführt. **Diese Darstellung ist falsch!** Die Produktion von Strom aus Braun- und Steinkohle ist im Jahr 2023 sogar gesunken, die aus Gas nicht gestiegen.

ren zur Energieversorgung baue, sind falsch. Ausgearbeitete Pläne für den Bau von SMR gibt es in Frankreich derzeit nicht. Ein erster Prototyp wird nicht vor 2030 erwartet.

Noch bis Ende letzten Jahres galt der Small Modular Reactor der US-Amerikanischen Firma NuScale als das Vorzeigeprojekt der Atomindustrie und sollte bereits 2029 in den Betrieb gehen. Im Januar 2024 sollte der Antrag auf eine Bau- und Betriebserlaubnis für die erste Anlage in Idaho eingereicht werden. Zwei Monate vorher, im November 2023, gab NuScale jedoch bekannt, das Projekt aufzugeben zu haben. Schon ein Jahr zuvor hatte der Energie-Thinktank Institute for Energy Economics and Financial Analysis kritisiert, der Reaktor von NuScale sei für die Energiewende „zu spät, zu teuer, zu riskant und zu unsicher“. Solarenergie plus Energiespeicher sei mit 45 Dollar pro Megawattstunde gegenüber 89 Dollar aus SMR viel billiger – und werde immer preiswerter. Folgerichtig setzt der Projektpartner in Idaho jetzt auch auf den Ausbau von Windenergie, Solarkraftwerken und Batterien.

**Gleich gänzlich befreien von allen Sorgen soll angeblich die Kernfusion: Unendliche Energie bei kaum Rohstoffeinsatz, keinerlei Gefahren und keinem Atommüll.**

► **Diese Darstellung ist falsch!**

Die Kernfusion befindet sich seit Jahrzehnten im Stadium der Erforschung, und doch ist es bisher noch nicht gelungen, aus dem Kernfusionsprozess nutzbare Energie zu gewinnen. Es existieren weltweit zwar eine Handvoll Experimentiereinrichtungen, jedoch keine einzige Versuchsanlage, die mittels Kernfusion mehr Energie freisetzt als sie für ihren Betrieb benötigt, oder die gar kommerziell Strom erzeugen könnte. Mit ITER im südfranzösischen Kernforschungszentrum Cadarache ist weltweit der fortgeschrittenste Prototyp eines Fusionsreaktors im Bau. Er soll die technische Machbarkeit eines Kernfusionskraftwerks demonstrieren, wobei eine Stromerzeugung nicht geplant ist. Von dem Prototyp eines Fusionsreaktors ITER hin zu einem stromerzeugenden Versuchsreaktor muss noch viel Forschung und Entwicklung stattfinden.

Jüngst öffentlich vermeldete Fortschritte beim Thema Kernfusion, zum Beispiel in den USA, betreffen Ergebnisse nicht etwa des ITER oder der Magnetfusion überhaupt, sondern aus der Grundlagenforschung auf dem Gebiet der noch jüngeren Laserfusion. Hierbei wird die Fusion nicht mittels eines Magnetfeldes, sondern mittels hochenergetischer Laser realisiert. Doch auch die Laserfusion ist noch sehr weit davon ent-

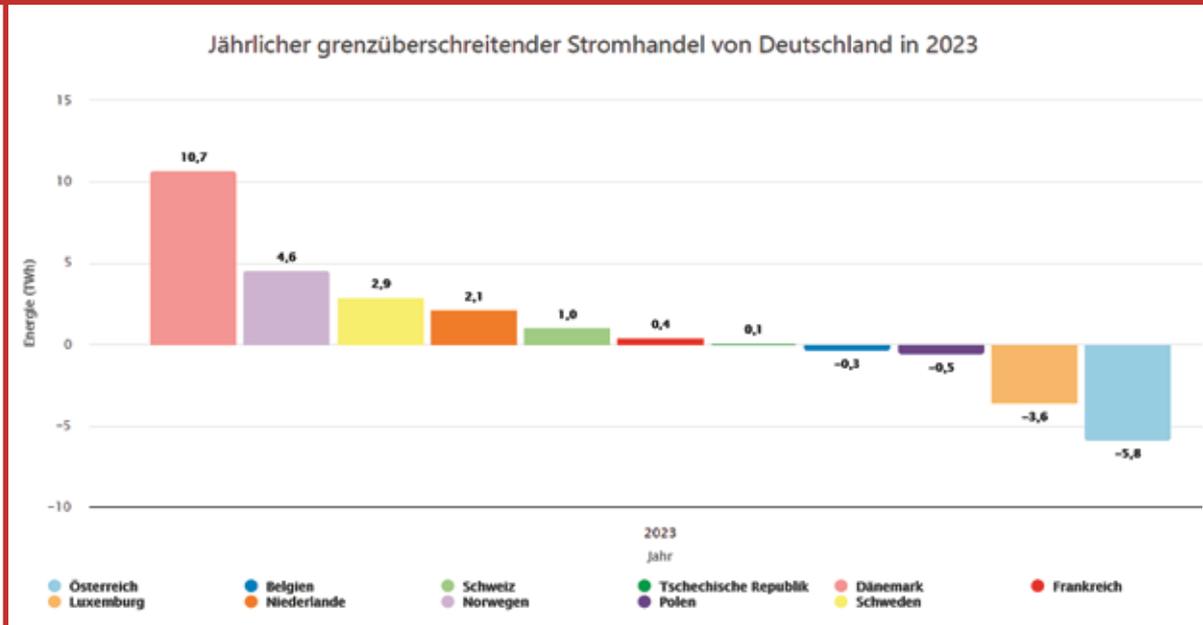
fernt, zur regulären Stromerzeugung beizutragen.

Für beide Technologien ist derzeit nicht prognostizierbar, ob oder wann ein erstes kommerzielles Fusionskraftwerk zur Stromerzeugung realisiert werden kann. Zur Lösung der Klimakrise, die schnelle Antworten innerhalb der nächsten zehn Jahre bedarf, taugt die Kernfusion aufgrund der erwarteten Entwicklungszeit also nicht.

**Immer wieder wird in den sogenannten Sozialen Medien behauptet, Deutschland gehe mit dem vollzogenen Atomausstieg und dem bis 2030 angestrebten Kohleausstieg ein hohes Risiko bei der Energieversorgung ein und blamiere sich weltweit. In allen anderen Ländern gebe es aktuell eine Renaissance der Atomkraft.**

► **Diese Darstellung ist falsch!**

Eher wahrscheinlich ist, dass die Formulierung der Energierferentin der *Energiewerke Schönau* zutrifft: Deutschland, so Dr. Eva Stegen, hat einen Ausstieg „by design“ vollzogen, andere Länder steuerten auf ein Ende der Atomkraft „by disaster“ zu. Eindringlich nachgewiesen hat das auch die Anti-Atom-Organisation *.ausgestrahlt* in der Sommerausgabe ihres Magazins. Mit dem Einstieg in die Kernkraft könne ein erstes der in Polen so



Behauptung: Seit dem Abschalten der AKW muss Deutschland große Mengen Atomstrom aus Frankreich importieren. **Diese Darstellung ist falsch!** Tatsächlich hat Deutschland 2023 mehr Strom importiert als exportiert. Dies lag jedoch einzig daran, dass nachhaltig produzierter Strom zu gewissen Zeiten in Skandinavien günstiger war als er in Deutschland hätte produziert werden können. Strom aus den Atom-Ländern Schweiz, Frankreich und Tschechien hat insgesamt nur einen Bruchteil der zugekauften Menge ausgemacht.

vollständig angekündigten neuen AKW frühestens 2040 Strom liefern. Bei Beibehaltung des aktuellen Wachstums und unverändertem Stromverbrauch wäre aber der gesamte Strombedarf unseres östlichen Nachbarlandes schon 2033 durch erneuerbare Energien – und erheblich kostengünstiger – gedeckt (+16% jährlich). Auch aus Schweden waren zuletzt atomfreundliche Stimmen zu hören, und auch hier sieht die Realität ganz anders aus: Der Anteil nachhaltig produzierten Stroms liegt schon jetzt bei 84 Prozent und könnte in sechs Jahren – genau wie in den Niederlanden und in Dänemark – bei 100 Prozent liegen. Die Produktion von Atomstrom in Schweden ist dagegen deutlich gesunken.

Selbst in Frankreich mit seinen aktuell 55 Atomreaktoren zeigt sich ein Bild, das so gar nicht zur Propaganda passen will: Bei einem Ökostrom-Anteil von aktuell 29 Prozent und einem Wachstum von vier Prozent pro Jahr würde la Grande Nation in 32 Jahren unabhängig sein von Atom- und Kohlekraftwerken. Das wäre später als die Inbetriebnahme des ersten der aktuell in Planung befindlichen neuen AKW in den 2040er-Jahren. Allerdings: In Frankreich gibt es seit Mitte 2023 eine „gesetzliche Pflicht zur Überdachung großer Parkplätze mit Solaranlagen“, so *.ausgestrahlt*. Allein das

„wird binnen weniger Jahre doppelt so viel Strom liefern wie das Neubau-AKW.“ Hinzu komme die die Leistung von mehreren Gigawatt durch bereits in Bau befindlicher Offshore-Windparks sowie der Output einer Photovoltaik-Pflicht für Nichtwohngebäude. Trotz des Atomausstiegs und dem immer noch schleppend voranschreitenden Ausbau der erneuerbaren Energien könnte Deutschland in acht Jahren mehr erneuerbaren Strom erzeugen als es heute verbraucht. „In den Atomkraft-Ländern Bulgarien, Finnland, Rumänien, Slowenien und Tschechien hingegen dauert dieselbe Entwicklung um die 20, in Frankreich 32 und in der Slowakei gar 44 Jahre“, so Armin Simon im *.ausgestrahlt*-Magazin.

**Schließlich wird auch immer wieder behauptet, Deutschland habe – ausgelöst durch den endgültigen Atomausstieg im April 2023 – die höchsten Strompreise in Europa.**

► **Diese Darstellung ist falsch!** Zunächst muss man festhalten, dass ein direkter Vergleich der Endverbraucherpreise für Haushalte innerhalb Europas unmöglich ist, weil er neben dem auch nicht überall einheitlichen Börsenstrompreis auch noch unterschiedliche Steuern, Zuschläge, Netzentgelte und in einigen Län-

dern auch noch Grundgebühren enthält. Auch die unterschiedliche Kaufkraft in den EU-Ländern verbietet einen direkten Vergleich. Die Bundesnetzagentur kommt immerhin zu dem Ergebnis, der Atomausstieg habe die Strompreise nicht beeinflusst.

In Frankreich zum Beispiel liegt der reine Arbeitspreis im regulierten blauen Tarif von EDF seit dem Februar 2024 bei nur 25,16 Cent pro Kilowattstunde Strom. Dazu kommt aber noch – anders als in Deutschland – eine von der Anschlussleistung abhängige, jährliche Grundgebühr. Für ein kleines Apartment mit einer Anschlussleistung von 6 kVA sind derzeit 151,20 Euro an fixer Jahresgebühr zusätzlich zum Verbrauch zu zahlen, für ein Einfamilienhaus mit 24 kVA sind 381,12 Euro, bei 36 kVA Anschlussleistung schon 537,84 Euro fällig. Legt man einen Jahres-Stromverbrauch von 4000 kWh und eine Anschlussleistung von 24 kVA in einem Einfamilienhaus zu Grunde, dann beträgt die Jahresrechnung 4000 kWh mal 25,11 Cent, also 1004,40 Euro. Rechnet man die 381,12 Euro fixe Jahresgebühr hinzu, ergibt sich ein Betrag von 1385,52 Euro für die Jahres-Stromrechnung in Frankreich. In Deutschland sind bei Strom-Neuabschlüssen laut *Check 24* und *Verivox* die Jahreskosten für einen Verbrauch von 4000 kWh derzeit bei rund 1100 Euro. So viel zum angeblich günstigen Atomstrom.

# Der Sonnenaufgang dauert noch

**Die Reproduktion von Vorgängen in unserer Sonne könnte eine unendliche Energiequelle für die Menschheit bedeuten. Die Kernfusion befindet sich seit Jahrzehnten im Stadium der Erforschung, und doch ist es bisher nicht gelungen, mit ihr nutzbare Energie zu gewinnen.**

Anders als bei der Kernspaltung, wie sie in herkömmlichen Atomkraftwerken angewandt wird, werden bei der Kernfusion zwei Atomkerne miteinander verschmolzen. Durch diesen Prozess kann pro Reaktion im Vergleich zur Verbrennung fossiler Brennstoffe eine millionenfach höhere Energie freigesetzt werden.

Um aber den Fusionsprozess in einem Reaktor in Gang setzen zu können, muss ein geeignetes Stoffgemisch, das sogenannte Fusionsplasma, auf sehr hohe Temperaturen erhitzt werden, für die sogenannte Deuterium-Tritium-Fusion (D-T-Fusion) beispielsweise auf Temperaturen von über 100 Millionen Grad Celsius.

Bei der D-T Fusion werden als Brennstoff das nicht radioaktive Deuterium und das radioaktive Tritium verwendet. Beide sind Isotope des Elements Wasserstoff. Technisch soll die Fusion mittels eines Magnetfeldes realisiert werden.

## ► D plus T ist gleich He + n

Bei der Fusion eines D- und eines T-Kerns entstehen ein Helium-Kern und ein Neutron. Letzteres trägt die freigewordene Energie in Form von Bewegungsenergie, sprich: Neutronenstrahlung. Die Energie des Helium-Kerns wiederum wird dazu verwendet, die Plasmatemperatur aufrecht zu erhalten, wobei allerdings zusätzlich noch Heizenergie nötig ist. Zudem muss das Plasma im Fall der Magnetfusion durch ein Magnetfeld eingeschlossen werden. Die eigentliche Fusionsreaktion verläuft im Plasma des erhitzten D-T-Gemischs, das sich in einer Vakuumkammer befindet. Um Strom erzeugen zu können, muss die Energie der Neutronenstrahlung in speziellen Bauteilen, sogenannten Blanket, in Wärme umge-

wandelt werden. Die Wärme kann dann mittels eines Kühlmediums und durch Wärmetauscher eine Turbine zur Stromerzeugung antreiben – ähnlich wie in einem konventionellen AKW oder in fossilen Kraftwerken.

Für ein mögliches Kraftwerk mit 1000 Megawatt elektrischer Leistung werden für die D-T Fusion die Brennstoffe Deuterium und Tritium jeweils in einer kleinen dreistelligen Kilogrammmenge pro Jahr veranschlagt. Der Rohstoff Deuterium wird aus Wasser gewonnen, das radioaktive und leicht flüchtige Wasserstoffisotop Tritium mit einer Halbwertszeit von 12,3 Jahren muss im Blanket in einer kernphysikalischen Reaktion „erbrütet“ werden. Zum Vergleich: AKW benötigen jährlich rund 170 Tonnen Uran aus rund 80 000 Tonnen Gestein. Allerdings gibt es noch viele ungelöste technische Fragen, wie das Erbrüten des Tritiums realisiert werden soll.

## ► Viel Forschungsbedarf

Überhaupt wirft die Forschung zur Kernfusion gegenwärtig noch mehr Fragen als Antworten auf: Es existieren weltweit eine Handvoll Experimentiereinrichtungen, die mit Hilfe der Kernfusion versuchen, Energie zu erzeugen. Es existiert bis heute jedoch keine Versuchsanlage, die mittels Kernfusion mehr Energie freisetzt als sie für ihren Betrieb benötigt, oder die gar Strom erzeugen könnte. Mit *ITER* im südfranzösischen Kernforschungszentrum Cadarache ist weltweit der fortgeschrittenste Prototyp eines Fusionsreaktors im Bau: Er soll die technische Machbarkeit eines Kernfusionskraftwerks demonstrieren, wobei eine Stromerzeugung nicht geplant ist. Von dem Prototyp eines Fusionsreaktors *ITER*

hin zu einem stromerzeugenden Versuchsreaktor muss noch viel Forschung und Entwicklung stattfinden.

Jüngst öffentlich vermeldete Fortschritte beim Thema Kernfusion, zum Beispiel in den USA, betreffen Ergebnisse nicht etwa des *ITER* oder der Magnetfusion überhaupt, sondern aus der Grundlagenforschung auf dem Gebiet der Laserfusion. Hierbei wird die Fusion nicht mittels eines Magnetfeldes, sondern mittels hochenergetischer Laser realisiert. Doch auch die Laserfusion ist noch sehr weit davon entfernt, zur regulären Stromerzeugung beizutragen. Für beide Technologien ist derzeit nicht prognostizierbar, ob oder wann ein erstes kommerzielles Fusionskraftwerk zur Stromerzeugung realisiert werden kann. Zur Lösung der Klimakrise, die schnelle Antworten innerhalb der nächsten zehn Jahre bedarf, taugt die Kernfusion aufgrund der erwarteten Entwicklungszeit also nicht.

## ► Radioaktive Abfälle

Und sie ist auch weniger sauber als oftmals dargestellt. Denn obwohl es bei der Kernfusion auch darum geht, langlebige Abfälle zu vermeiden, werden dennoch radioaktive Stoffe mit längerlebigen Nukliden entstehen, vor allem dadurch, dass Neutronen auf bestimmte Legierungsbestandteile in den Bauteilen treffen.

Allein schon aufgrund seiner Größe ist bei Fusionsreaktoren insgesamt – sowohl im Betrieb, als auch im Rückbau – mit größeren Mengen dieser schwach- und mittelradioaktiven Reststoffe zu rechnen als bei einem konventionellen Atomkraftwerk. Allein der Vakuumbehälter des Fusionsreaktors *ITER* schlägt mit 5000 Tonnen Material zu Buche, ein AKW-Reaktordruckbehälter umfasst da-

gegen nur rund 500 Tonnen. Unter anderem der radioaktive Brennstoff Tritium trägt zu einer größeren Abfallmenge bei, da sich Tritium leicht in Baumaterialien einlagert und dadurch mehr radioaktive Abfälle entstünden. Zu der großen Abfallmenge trägt zudem bei, dass wegen des Verschleißes der Materialien damit gerechnet wird, dass manche Anlagenkomponenten teilweise oder ganz alle fünf bis zehn Jahre ausgetauscht werden müssen. Gemäß Studien würden zum Beispiel für den Versuchsreaktor *DEMO* von *EUROfusion* bei einer Lebensdauer von 20 Jahren potenziell bis zu 50000 Tonnen radioaktive Abfälle anfallen, die zwischen- oder endgelagert werden müssten.

Diese radioaktiven Reststoffe müssten abklingen und sicher verwahrt werden. Wiederum ein Teil davon müsste möglicherweise auch über einen längeren Zeitraum von mehr als hundert Jahren hinaus sicher eingelagert werden. Klar ist also, dass bei der Kernfusion größere Mengen schwach- und zum Teil auch mittelradioaktive Abfälle entstehen werden, die sicher verwahrt werden müssen. In welchem Umfang dies der Fall sein würde, ist abhängig von den im Fusionsreaktor eingesetzten Materialien und Gegenstand von Forschung und Entwicklung.

Hochradioaktiver Abfall entstünde allerdings nicht, was insoweit ein Vorteil dieser Energieerzeugung gegenüber heutigen Atomkraftwerken wäre.

### ► **Durchaus Sicherheitsrisiken**

Da bei der Kernfusion radioaktive Stoffe eingesetzt werden und entstehen und Bauteile des Reaktors im Betrieb aktiviert werden, bestehen grundsätzlich radiologische Risiken für das Personal bei Betrieb, Wartung und Demontage von Anlagen. Im Vergleich zur Kernspaltung entstehen bei der Kernfusion jedoch wesentlich geringere Aktivitätsinventare bei Bauteilen und Materialien im Reaktor und auch keine hochradioaktiven Abfälle.

Ein katastrophales Reaktorunglück, mit Folgen wie bei einem AKW, ist zudem praktisch nicht möglich, da das Fusionsplasma in einem Störfall selbstständig erlischt und im Gegensatz zu Kernkraftwerken keine nennenswer-

te Nachwärmeproduktion erfolgt. Und weil bei der Kernfusion kein Spaltmaterial eingesetzt wird, ist das diesbezügliche von beispielsweise Kernkraftwerken unmittelbar ausgehende Proliferationsrisiko nicht gegeben. Jedoch stellt der Brennstoff Tritium eine wesentliche Komponente in modernen Kernwaffen dar. Zudem könnte ein Fusionsreaktor missbräuchlich für das Erbrüten von spaltbaren Materialien für den Kernwaffenbau verwendet werden. Mögliche Proliferationspotenziale müssten also allermindestens beobachtet und unter ein wirksames internationales Kontrollregime gestellt werden.

### ► **Kernfusion unter Atomrecht?**

Ob zukünftige Fusionsreaktoren nach Atomrecht behandelt werden, ist noch offen. Der Versuchsreaktor *ITER* in Frankreich ist bislang das einzige Projekt weltweit mit einem Bezug zur technisch nutzbaren Energieerzeugung. Jedoch geht es auch bei *ITER* rein um Fusionsleistung und nicht darum, Strom zu erzeugen. Alle anderen Fusionsprojekte haben noch keinen Bezug zur technisch nutzbaren Energieerzeugung, die Frage nach einem fusionsspezifischen Regelwerk hat sich bisher noch nicht gestellt. Großbritannien und die USA beabsichtigen jedoch, künftige Versuchsreaktoren nicht unter Atomrecht zu stellen.

Aus regulatorischer Sicht sind bei der Kernfusion im Vergleich zur Kernspaltung die maximalen radiologischen Folgen eines Unfalls zwar erheblich kleiner anzusetzen, jedoch würden die Unterschiede zwischen einem Fusionsreaktor und einem Atomkraftwerk erfordern, dass das Regelwerk für den sicheren Bau, Betrieb, Stilllegung und Abbau für Fusionskraftwerke erheblich angepasst oder neu aufgesetzt wird. Zu diesem Schluss kommt die *Gesellschaft für Reaktorsicherheit* in einer 2022 veröffentlichten Studie, die von der *Europäischen Atomgemeinschaft* (EURATOM) in Auftrag gegeben wurde. Ein solches Regelwerk für die Kernfusion existiert bislang nicht. Die *Internationale Atomenergie-Organisation* (IAEO) beabsichtigt für die Kernfusion Sicherheitsstandards zu entwickeln. Noch aber gibt es kein rechtlich bindendes Reglement.



ITER

Seit 2010 wird durch ein internationales Konsortium (China, EU, Indien, Japan, Korea, Russland und USA) im französischen Cadarache der Versuchsreaktor *ITER* errichtet. Der Versuchsreaktor soll die prinzipielle Machbarkeit eines Fusionskraftwerks, basierend auf der Magnetfusion, demonstrieren. Das heißt, dass die Kernfusion technisch mittels eines Magnetfeldes realisiert werden soll. Ziel ist, 500 Megawatt Fusionsleistung für länger als 300 Sekunden (5 Minuten) erzeugen zu können. Geplant war dieses Ziel ursprünglich 2035 bis 2040 zu realisieren, das Projekt ist jedoch mit erheblichen Zeit- und Kostensteigerungen konfrontiert. Für 2024 ist ein neuer Zeitplan angekündigt. Bei *ITER* geht es rein um Fusionsleistung und nicht darum, Strom zu erzeugen.

Begleitend zu dem *ITER*-Versuchsreaktor wird durch das Konsortium *EUROfusion* die Entwicklung des Fusionsreaktor-Prototyps *DEMO* (Magnetfusion) vorangetrieben. Geplant ist ein solcher Prototyp in Europa ab 2050. Er soll jährlich rund 500 Megawatt Strom produzieren (zum Vergleich: AKW ca. 1400 MW). Das Konsortium *EUROfusion* wurde 2014 gegründet. Es besteht aus staatlichen Forschungseinrichtungen aus EU-Mitgliedsstaaten und der Schweiz. *EUROfusion* forscht mit dem Projekt *DEMO* an einer möglichen kommerziellen Nutzung der Kernfusion.

In Greifswald wird mit dem *Wendelstein 7-X* die weltweit größte Experimentieranlage vom Typ Stellarator betrieben. Ihre Aufgabe ist es, die Eignung dieses speziellen Bautyps für ein Fusionskraftwerk zu untersuchen. Die Hauptmontage von *Wendelstein 7-X* wurde 2014 abgeschlossen, das erste Plasma wurde am 10. Dezember 2015 erzeugt. Der *Wendelstein 7-X* ist eine reine Experimentalanlage zur Erforschung von Kernfusion. Die Anlage ist noch weit von einem Prototyp-Kraftwerk entfernt.

Aktuell verfolgen weltweit zahlreiche private Unternehmen das Thema Kernfusion. Diese Unternehmen nehmen sich vielfach vor, **Versuchsreaktoren** schon 2030 bis 2035 zu realisieren. Diese Angaben sind meist reine Absichtserklärungen und nicht unabhängig überprüfbar. Es steht zu vermuten, dass die hohe Zahl und Frequenz von Veröffentlichungen vornehmlich der Akquise von Fördergeldern und Investmentkapital dient.

# Atompolitik: über Bande und mit Effet



Ausgerechnet die CDU hat Anfang Juni mit dem Antrag einer öffentlichen Anhörung im Umweltausschuss des Bundestags versucht, die zuständigen Behörden und Unternehmen zu drängen, die Endlagersuche für die hochradioaktiven Abfälle zu beschleunigen. Das erstaunt, denn von Anfang an hat der CDU-Partner in Bayern, die CSU, die Suche im eigenen Bundesland blockiert und damit verzögert. Doch das war und ist genauso politisch motiviert wie das Drängen aus Reihen der CDU/CSU für neue Atomreaktoren. Darauf hatte die AfD in den letzten Jahren intensiv hingearbeitet.

Der Atomausstieg galt als Grundlage, um die Endlagersuche für hochradioaktiven Abfall neu zu starten. Genau diese nach langen Konflikten mühselig erarbeitete Übereinkunft – nach einer mehrfachen Atomkatastrophe in Fukushima, nach heftigsten Konflikten in Gorleben – kündigen gerade die extremen Rechte der AfD, über die CSU und CDU bis in die FDP und selbst in andere Regierungsparteien hinein, auf.

Auch der Titel des CDU-Antrags von Anfang Juni war zumindest erstaunlich: „Endlagersuche beschleunigen – Akzeptanz sichern“. Als Grundlage der Akzeptanz für die Endlagersuche haben aber im-

mer wieder Behörden des Bundes, die Politik und auch in die damalige Endlagerkommission den Ausstieg aus der Atomenergie angesehen. Genau diese Grundlage aber haben die Fraktionen von CDU und CSU gemeinsam mit der AfD in den letzten Jahren immer stärker demontiert. Während der alte Atommüll noch nicht unter der Erde ist, wollen besagte Parteien inzwischen neuen radioaktiven Strahlenmüll draufsatteln. Nicht Aufklärung, sondern Interessen und Macht sind die Agenda! Hinzu kommt, dass es nach Jahrzehnten von Atom-Skandalen und Hinterzimmer-Machenschaften von politischen und wirtschaftlichen Freunden der Atomenergie eigentlich nicht darum geht, Akzeptanz zu sichern, sondern vielmehr erst mal Akzeptanz zu schaffen. So ist der Vertrauensaufbau in ein gutes Suchverfahren für einen Standort für die dauerhaft sichere Lagerung der hochaktiven Abfälle neben Fragen der Sicherheit von zentraler Bedeutung bei der Entstehung des *Standortauswahlgesetzes* gewesen, das nach mehrjähriger Arbeit der *Endlagerkommission* vom Deutschen Bundestag 2017 verabschiedet worden ist.

Nun also der Antrag „Endlagersuche beschleunigen – Akzeptanz

sichern“ von Anfang Juni. Darin beziehen sich die Abgeordneten auf ein Papier der *Bundesgesellschaft für Endlagerung (BGE)*, demzufolge sich die Suche nach einem Endlager für hochradioaktiven Atommüll unter Umständen bis ins Jahr 2068 hinziehen könnte, und fordern von der Bundesregierung Maßnahmen zur Beschleunigung von Verfahren sowie die Prüfung von Techniken zur Verringerung der einzulagernden Menge. Im geltenden Gesetz zur Endlagersuche ist eigentlich ein Zeitrahmen bis 2031 vorgesehen. Die Endlagersuche ist derzeit in Phase I, in der auf einer „weißen Landkarte“ von Deutschland flächendeckend geprüft wird, welche Gegend sich geologisch eignen könnte. Vorgesehen ist, dass daraus bis 2027 etwa acht Bereiche hervorgehen, die in Phase II und III eingehender geprüft werden sollen.

## ► Diskussion? Fehlanzeige!

Von einem „sachlichen Austausch“ sprechen die Berichtersterter:innen von *Heute im Bundestag* mit Blick auf die Anhörung im Umweltausschuss Anfang Juni. Man könnte aber auch sagen: Da haben viele irgendwie jeweils erklärt und berichtet – nur

## Die Suche nach einem Endlager für hochradioaktiven Atommüll wird sich – aus nachvollziehbaren Gründen – um Jahrzehnte verschieben. Während die dauerhaft sichere Lagerung weltweit ungelöst ist, fordern CDU, AfD und Teile der FDP seit geraumer Zeit mehr oder weniger unverhohlen den Wiedereinstieg in die Atomkraft – gelegentlich auch über Bande. Von Dirk Seifert und Andreas Conradt

miteinander diskutiert wurde in keiner Weise. Die Abgeordneten der Fraktionen und Gruppen hatten Sachverständige berufen, die zu dem CDU-Antrag über Beschleunigungsmöglichkeiten bei der Endlagersuche für hochradioaktive Abfälle angehört wurden.

### ► Bitte um Verlässlichkeit

Dr. Klaus Nutzenberger vom *Deutschen Städte- und Gemeindebund* als Vertreter der kommunalen Spitzenverbände betonte das Interesse der Kommunalpolitiker an zügigen, aber auch ausdiskutierten Entscheidungen. Denn je enger sich das Netz für mögliche Standorte ziehe, „desto mehr Probleme werden wir mit der Umsetzung vor Ort haben“, sagte Nutzenberger mit Blick auf die betroffene Bevölkerung. Keinesfalls wollten die Kommunen schnelle Entscheidungen, die dann wieder zurückgenommen werden.

Der von der Fraktion *Bündnis 90/Die Grünen* benannte Einzel-sachverständige Michael Sailer, der die BGE berät, begrüßte ausdrücklich den Antrag der Unionsfraktion. Der Bundestag müsse nochmals deutlich machen, dass es ihm um eine „starke Einengung“ des Suchgebiets geht. „Wir brauchen vom Auftraggeber eine klare Aussage dazu“, betonte Sailer. Egal wie die Standortentscheidung am Ende falle, es werde der dortigen Bevölkerung nicht gefallen, „aber wir brauchen ein Endlager“.

### ► Junge wollen mehr Tempo

Elisa F. Akansu als Vertreterin der Gruppe der unter 35-jährigen im *Planungsteam Forum Endlagersuche* (PFE) wies darauf hin, dass sich heute im Gegensatz zur vorangegangenen Generation nur wenige junge Menschen für die Endlagersuche interessierten. Es gehe aber um den richtigen Umgang mit einem gefährlichen Erbe auch für künftige Generationen. Die Endlagersuche müsse

beschleunigt werden, „soweit es nicht zu Lasten der Sicherheit“ gehe.

Arno Sittig als Vertreter der jungen Generation im *Nationalen Begleitgremium* (NBG) pflichtete ihr bei. Die BGE habe mit ihrem gestreckten Zeitplan „im NPG Vertrauen gebrochen“. Sittig wünschte sich vom Bundestag, schon jetzt und nicht erst in der nächsten Legislaturperiode die Diskussion über das weitere Vorgehen im Phase II und III zu führen.

Prof. Dr. Klaus-Jürgen Röhlig von der *Technischen Universität Clausthal* warnte vor dem Risiko, dass ein Suchverfahren, das zu lange dauert, am Ende ganz scheitern könnte. Gleichzeitig müsse aber auch der Eindruck politischer Einflussnahme auf eine wissenschaftliche Diskussion vermieden werden. Ein solcher Eindruck hatte letztlich zum Scheitern des Projekts Gorleben geführt. Allerdings, so Röhlig, stehe es dem Bundestag durchaus zu, die „Richtung vorzugeben“. Das Verfahren sei ein „wissenschaftsbasiertes, aber nicht wissenschaftsgeleitetes“.

### ► Niedersachsen mahnt Geduld an

Eine Möglichkeit zur Verfahrensbeschleunigung sehe er in Phase I nicht, sagte Andreas Sikorski vom *Niedersächsischen Ministerium für Umwelt, Energie und Klimaschutz*. Denn die vorhandenen Daten reichten noch nicht aus, um die Suchgebiete einzuzgrenzen. Mehrere andere Sachverständige stimmten ihm hierin zu. 2027 werde man Informationen haben, wie sich das weitere Verfahren beschleunigen lässt. Potenzial hierzu sehe er insbesondere in Phase III.

### ► Falschmeldung der AfD

Der von der AfD benannte Einzel-sachverständige Dr.-Ing. Klaus-Dieter Humpich führte aus, wa-

rum aus seiner Sicht Salzstöcke besser als andere geologische Formationen für die Endlagerung geeignet sind. Wenn man die Politik beiseitelasse und rein wissenschaftlich entscheide, könne man die Endlagersuche schnell beenden, indem man Gorleben als „besterforschtes Projekt der Welt“ auswähle.

Humpich forderte außerdem, abgebrannte Brennstäbe von Atomkraftwerken zur Wiederaufarbeitung ins Ausland zu geben. Mit der in ihnen gespeicherten Energie ließe sich noch viel Strom erzeugen und Verbrennung von Öl oder Kohle vermeiden. Sie seien „kein Müll, sondern Wertstoff“. Sie zu verbuddeln verstoße „gegen jede Nachhaltigkeit“.

### ► Richtigstellung aus Wien

In diesem Punkt des Antrags der Unionsfraktion goss Dr. Friederike Frieß von der *Universität für Bodenkultur Wien* Wasser in den Wein. Darin fordern die Abgeordneten Forschungsförderung im Bereich der Partitionierung und Transmutation (P&T), um mit diesen Verfahren die Menge des hochradioaktiven Abfalls deutlich zu verringern. Frieß wies darauf hin, dass bei diesen Verfahren noch viele Jahrzehnte der Forschung nötig seien und sich noch nicht absehen lasse, ob eine großtechnische Umsetzung von P&T überhaupt jemals möglich sein wird. Und selbst wenn, helfe es nur bedingt, weil es dann mehr schwach- und mittelaktiven Abfall gebe, der ebenfalls endgelagert werden muss.

Was nicht Thema war: Immer wieder wäre bei der Transmutation und Wiederaufarbeitung Plutonium im Spiel. Also der Stoff, aus dem die Atombombe ist. Der Traum aller, die gerne spalten.



# Punk'n'Roll aus Solidarität

Anliegen des politischen Musikfestivals war es schon immer, Informationen rund um den Themenkomplex „Atomenergie und ihre Folgen“ weiterzugeben. Fragestellungen wie die nach dem Ausstieg Deutschlands, dem angefallenen Atom Müll oder neuen Energien wurden und werden heiß diskutiert. Dabei war allen Beteiligten immer klar, dass die Themen unbequem sind und das Potenzial haben, Publikum abzuschrecken. So entstand 2013 die Idee, den politischen Ansatz des Festivals in ein Rahmenprogramm zu betten, das positive Gefühle generiert.

Wie bei den vergangenen neun Festivals seit 2013 wird auch dieses Jahr ein vielfältiges Programm aus Live-Musik, Kunst,

Ausstellungen, und Vorträgen das Festival-Wochenende am 2. und 3. August bestimmen: Regionale Getränke und Leckereien – auch vegetarisch und vegan –, Poetry Slam, Kindertheater sowie das tolle Außengelände auf dem abgelegenen Hof Thiele runden den Besuch in Ventschau für die ganze Familie ab. Campingmöglichkeiten gibt es auf der angrenzenden Wiese des weitläufigen Geländes.

Auf der großen Bühne gibt es neben alten Bekannten wie Hot Staff (spielten 2019 schon einmal in Ventschau) und Frank's White Canvas (die beiden Chileninnen begeisterten bereits 2023) etliche Neuentdeckungen zu erleben. Zudem gibt es bislang von Funkindustrie aus Straßburg, die tanzbare Funk-Rhythmen beisteuern, und

LeBron Johnson aus Italien, der mit Soul-Rock die Festival-Gäste begeistern will. Aus Deutschland sind Skyline Green mit Balkan Ska und Rento Kill mit „Cowboy Punk'n'Roll“ vertreten. Neu ist auch die Nordirin Amy Montgomery mit ihrer ganz eigenen kraftvollen, musikalischen Mischung.

Auch politisch wird es spannend: Die Frage, wie es nach Deutschlands Ausstieg aus der Atomenergie weitergeht, hat ein Forschungsteam der TU Berlin rund um Christian von Hirschhausen beschäftigt. Im vergangenen Jahr erstellten sie in Zusammenarbeit mit Alexander Tetsch eine Ausstellung mit dem Titel „Einfach mal abschalten – und dann?“, die im vergangenen Jahr zum ersten Mal auf dem e-Ventschau ge-



**Anfang August gibt es im Dörfchen Ventschau an der westlichen Grenze des Wendlands einen ganz besonderen Grund zu feiern: Zum zehnten Mal öffnen die Macher des e-Ventschau-Festivals die Tore. Von Irene Beutel-Witt**

zeigt wurde. In diesem Jahr, werden die Forscher:innen selbst vor Ort sein und neben der Ausstellung einen neu gedrehten Film mit dem Titel „Nichts ist so dauerhaft wie ein Provisorium“ im Gepäck haben. Außerdem wird es einen Vortrag mit dem Titel „Einfach mal endlagern“ geben – aktuelle Forschung zum Anfassen!

Ein zweiter Vortrag von Bernd Redeker vom BUND Niedersachsen mit dem Titel „Atomkraft – Ein Scheinriese ohne Potential zur Klimaerrettung“ und weitere Ausstellungen, die sich um neue Energien und die aktuelle Entwicklung in Deutschland drehen sowie Informationen zur Situation in Fukushima bereitstellen werden, sind ebenfalls in Vorbereitung.

Das Festival in Ventschau war und ist dabei auch immer ein Ort der Vernetzung. Es geht um den Austausch zwischen den Generationen und der gemeinsamen Suche nach kreativen und machbaren Lösungen für die Herausforderungen der Zukunft.

Alle Einnahmen, die die Kostendeckung des Festivals übersteigen, werden in jedem Jahr Organisationen gespendet, die Kinder aus Tschernobyl und Fukushima unterstützen. Neben der Stiftung Hof Schlüter gehen die generierten Spenden an die Kinderhilfe Kovel sowie an eine private Kinderklinik in Fukushima. Durch persönliche Kontakte kann sichergestellt werden, dass die erzielten Spenden wirklich den betroffenen Kindern zugutekommen.



## e-Ventschau 2024

**Freitag, 2. August, ab 18:00 Uhr**  
**Samstag, 3. August, ab 14:00 Uhr**

**Eintritt:**  
**Fr.: 15 EUR, Sa.: 20 EUR**  
**beide Tage: 30 EUR, Kinder frei**

**Adresse:**  
**Hof Thiele, Am Bruch 1**  
**21371 Tosterglope, OT Ventschau**



# Neugenehmigung gegen 113 Mal Tschernobyl

**30 Jahre nach dem ersten Transport hochradioaktiven Mülls ins Zwischenlager Gorleben bedürfen die ersten der 113 Behälter im nächsten Jahr einer Neugenehmigung. Noch ein Jahr später beginnt auch das Verfahren zur Verlängerung der Aufbewahrungsgenehmigung. Die Bürgerinitiative Lüchow-Dannenberg beobachtet beide Verfahren kritisch. Von Andreas Conradt**

Als die Einlagerung von hochradioaktivem Atommüll in das Zwischenlager in Gorleben 1994 für vierzig Jahre genehmigt wurde, hatte sich wohl niemand vorstellen können, dass dieser Zeitraum zu kurz gewählt sein könnte. Dreißig Jahre später sieht die Welt anders aus: Die Endlagersuche wurde neu gestartet und endet nicht vor Mitte oder Ende des Jahrhunderts. Das zieht eine verlängerte Zwischenlagerung nach sich und damit die Notwendigkeit neuer Genehmigungen.

## ► Neue Genehmigung fürs Lager

So läuft Ende Dezember 2034 die aktuelle „Genehmigung zur Aufbewahrung von Kernbrennstoffen“ für das Zwischenlager im Gorlebener Forst aus. Sie wird vereinfacht auch als „Aufbewahrungsgenehmigung“ bezeichnet und datiert vom Juni 1995.

Die für das Lager in Gorleben zuständige *Bundesgesellschaft für Zwischenlagerung* (BGZ) hat auf einer Sitzung des *Ausschusses Atomanlagen* des Landkreises Lüchow-Dannenberg Mitte Juni mitgeteilt, den Antrag 2026, also acht Jahre vor Ablauf der heutigen Genehmigung, beim *Bundesamt für die Sicherheit der nuklearen Entsorgung* (BASE) stellen zu wollen. Im Atomgesetz ist zudem geregelt, dass eine Verlängerung der

Genehmigung nur „nach der vorherigen Befassung des Deutschen Bundestages“ erfolgen darf.

Art und Umfang des Genehmigungsantrags sind weniger klar. So stellt sich die Frage, für welchen Zeitraum ab 2034 Genehmigung neu beantragt werden soll. Die BGZ gibt offen zu, dass die Frage noch Gegenstand interner Diskussionen ist, und auch der Kreistag in Lüchow befindet sich nach eigenen Angaben noch in der Findungsphase. Die *Arbeitsgemeinschaft der Standortgemeinden mit kerntechnischen Anlagen* (ASKETA) empfiehlt eine Neugenehmigung für weitere vierzig Jahre mit Sicherheitsüberprüfungen jeweils alle zehn Jahre. Im *Nationalen Entsorgungsprogramm* der Bundesregierung findet sich nur der lapidare Satz, es würden „derzeit die technischen Voraussetzungen für eine verlängerte Aufbewahrung an den Standorten der Zwischenlager sowie in den Transportbehälterlagern untersucht.“

## ► Gorleben ist Versuchskaninchen

Klar scheint aktuell nur zweierlei: Erstens wird die Entscheidung über den Genehmigungszeitraum politisch motiviert sein und weniger fachlich. Und zweitens wird das Zwischenlager in Gorleben das „Versuchskaninchen für die

anderen Zwischenlager im Land sein“, so Asta von Oppen als beratendes Ausschussmitglied. Auch der Pressesprecher der *Bürgerinitiative Lüchow-Dannenberg* (BI), Wolfgang Ehmke, glaubt: „Das Wendland handelt den Standard aus.“ Denn Gorleben ist zwar das älteste Zwischenlager der Republik, aber längst nicht das einzige. Auch andere werden früher oder später mit der Frage der Neugenehmigung befasst sein.

Ungeklärt ist übrigens auch, was eigentlich mit den freien Stellplätzen passieren soll. 420 Plätze bietet das Lager insgesamt, 113 sind belegt. Eigentümer der 307 freien Stellplätze sind die Energieversorgungsunternehmen (EVU). Diesen sind die Stellflächen vertraglich zugeordnet. Nutzen dürfen sie sie aber nicht, denn das Atomgesetz untersagt jede weitere Einlagerung von hochradioaktiven Abfällen in Gorleben. Und BGZ-Sprecher Tristan Zielinski hat gegenüber der *Gorleben Rundschau* deutlich gemacht: „Für eine Einlagerung von schwach- und mittelradioaktiven Abfällen in das Brennelemente-Zwischenlager Gorleben liegt keine Genehmigung vor.“ Diese zu verhindern, fordert die BI, die ab 2034 gültige Aufbewahrungsgenehmigung auf die heutigen 113 Stellplätze zu begrenzen. Zielinski: „Wir haben in der Ausschusssitzung berichtet,

dass wir den konstruktiven Vorschlag der Bürgerinitiative prüfen und über das Ergebnis weiter informieren werden.“

Immerhin muss wohl nicht befürchtet werden, dass die EVU Gegenleistungen aus laufenden Forderungen ableiten werden: 2017 haben sie ihre finanziellen Rückstellungen für die Zwischen- und Endlagerung in den *Fonds zur Finanzierung der kerntechnischen Entsorgung* (KENFO) eingebracht. Dadurch wurden alle Forderungen abgegolten, so dass keine weiteren Gelder gezahlt werden müssen.

Auch die Kriterien, unter denen die Genehmigung erteilt werden soll, spielen eine Rolle. Ob der Bestand einfach erneut genehmigt werden oder es Nachrüstungen zur Verbesserung der Sicherung geben soll, wird gerade kontrovers diskutiert. So fordert die BI nicht nur ein Flugverbot im Bereich des Gorlebener Zwischenlagers, sondern auch die Härtung des Lagers selbst – also eine massive Verstärkung der Wände und Decke, im Idealfall gar den Neubau der Lagerhalle in der gleichen Massivität wie das für den Neubau des Lagers in Lubmin vorgesehen ist. Die BI befürchtet, dass die heutige Halle dem Absturz immer größer werdender Flugzeuge oder gezielten kriegsrischen oder terroristischen Angriffen selbst nach Fertigstellung einer geplanten, zehn Meter hohen Schutzmauer nicht standhalten können. BI-Sprecher Ehmke: „Es kann doch nicht sein, dass etwas genehmigt wird, das nicht auf dem heutigen Stand von Wissenschaft und Technik ist und die in den vergangenen Jahrzehnten gestiegenen Bedrohungsszenarien nicht berücksichtigt.“

### ► CASTOR könnte reißen

Dem vonseiten der BGZ entgegengesetzten Argument, die Transportbehälter selbst böten genügend Schutz, mochte die *Fachgruppe Radioaktivität* der BI bei der Sitzung des Ausschusses nicht folgen: Eindringende Turbinenwellen könnten durchaus die Ummantelung der Behälter schädigen, und der Ingenieur Egbert de Beyer stellte die Frage, wie sich die schwach bemessene Hallendecke beim Absturz eines Airbus 380 verhalten wird. „Ich habe das mal durchgerechnet für den Fall,

dass der Träger unglücklich die Seitenwand eines CASTORs trifft. Folge: Er reißt!“ Auch Wolfgang Kallen von der Fachgruppe sieht die größte Gefahr eines Störfalls bei der Zwischenlagerung in einer Einwirkung von außen – größer als die Gefahren bei einem etwaigen Transport und allemal größer als durch einen Schaden des Atommüllbehälters.

### ► Neugenehmigung für Behälter

Trotzdem werden Betreiber, Behörden und die Anti-Atom-Bewegung ihr Augenmerk auch auf die Behälter selbst richten müssen. Denn es enden demnächst auch die ersten sogenannten Verkehrsrechtlichen Zulassungen von Transportbehältern, oft auch als „Behälter-Genehmigungen“ bezeichnet. Von den 113 in Gorleben stehend gelagerten Behältern verlieren die ersten schon in einem halben Jahr, nämlich im März 2025, ihre Zulassung, bis zum Auslaufen der Einlagerungsgenehmigung 2034 werden es 35 Atommüllbehälter sein, die restlichen folgen bis Ende 2039.

Dabei gibt es, anders als beim Gebäudekomplex, bei der Verlängerung der Verkehrsrechtlichen Zulassungen ein definiertes Verfahren: Der Zulassungsinhaber – bei den oft genannten CASTOR-Behältern beispielsweise die Gesellschaft für Nuklearservice (GNS) – beantragt die kostenpflichtige Verlängerung der Zulassung beim BASE, wobei die Antragsunterlagen parallel der Bundesanstalt für Materialforschung und -prüfung (BAM) zu übersenden sind. Die BAM erstellt nach Begutachtung ein Prüfzeugnis, auf dessen Grundlage die BASE weitergehende Begutachtungen durchführt und die Ergebnisse in einer Abschlussbewertung zusammenführt und den neuen Zulassungsschein mit neuer Gültigkeitsdauer ausstellt.

Dabei geht es hauptsächlich um die Überprüfung von Primär- und, wo vorhanden, Sekundärdeckel und die Möglichkeit, den jeweiligen Behälter auch im Falle eines Schadens sicher an einen Ort transportieren zu können, wo er instandgesetzt werden kann. Diese Neugenehmigungsroutine soll sich fortsetzen bis zur Einlagerung des Atommülls in einem zukünftigen Endlager.

Allerdings ist Deutschland auf

den GAU im Castor in keiner Weise vorbereitet. Nach dem Beschluss, die in Gorleben einst gebaute, bis heute nie genutzte und inzwischen völlig veraltete Pilotkonditionierungsanlage abzureißen, gibt es im ganzen Land keine Möglichkeit, Reparaturen durchzuführen, die über das Aufschweißen eines zusätzlichen Deckels an der Oberseite hinausgehen. Ein Öffnen von Behältern, ein Umladen des Inventars ist derzeit nur in Frankreich, Schweden oder dem Vereinigten Königreich möglich. Dazu müssten aber zuvor Verträge geschlossen werden.

### ► Was geht vor im CASTOR?

Ausschuss- und BI-Vorsitzender Martin Donat brachte bei der Sitzung Mitte Juni das eigentliche Problem aufs Tapet: „Wie kann ich etwas neu genehmigen, dessen Inhalt ich nicht kenne?“ Er verwies damit auf das weltweit bestehende Problem der Unkenntnis darüber, was sich vierzig, sechzig oder achtzig Jahre nach Beladen im Inneren von Atommüllbehältern abspielt. Selbst wenn man, was die BI kategorisch ausschließt, in heißen Zellen Transportbehälter zu Prüfungszwecken öffnen würde, könnte das doch nur stichprobenartig in einem Bruchteil aller Behälter geschehen und keine vollständige Sicherheit herstellen. Peter Widmayer, Festkörperphysiker und IT-Experte der *Fachgruppe Radioaktivität* der BI, plädiert darum für ein anderes Verfahren: ein Monitoring aller Behälter in ganz Deutschland, bei dem Sensoren an den Außenseiten fortlaufend Temperatur und Radioaktivität messen und eine Myonendiagnostik durchführen. So könnten sowohl einzelne Anomalien auffällig als auch, durch Entstehen entsprechender Muster, Schwachstellen bestimmter Behältertypen frühzeitig erkannt werden.

### ► Tests gefordert

Was aber selbst dann bestehen bliebe, wäre die Unkenntnis über das Verhalten der Transportbehälter bei Einwirkung von außen. „Vor einer Neugenehmigung“, so Wolfgang Kallen von der *Fachgruppe Radioaktivität*, „müssten mit Leerbehältern endlich Falltests unter realen Bedingungen gemacht und Beschuss mit modernen Waffen durchgeführt werden.“





# Es brummt in Europa

**Gegen die Widerstände der Landwirtschaft und unter Inkaufnahme einer Regierungskrise in Österreich hat die Europäische Union Mitte Juni das dringend benötigte Renaturierungsgesetz verabschiedet. Von Andreas Conradt**

Mehr als 80 Prozent der Ökosysteme in Europa sind in einem schlechten Zustand, ebenso 70 Prozent der Böden. Seit Anfang der 1990er Jahre hat die Zahl der Feldvögel um 36 Prozent abgenommen. Der Bestand der Wiesenschmetterlinge ist um fast 30 Prozent zurückgegangen – ein Großteil davon in den vergangenen zehn Jahren. Dass sich dieser Trend umkehrt, ist bisher nicht abzusehen. Von allein wird er dies auch nicht tun. Weil die Situation so ernst ist, reicht es nicht mehr, nur bestehende Naturräume zu

schützen. Stattdessen müssen sie aktiv renaturiert werden.

Wenn wir also die verbliebenen Vögel und Insekten erhalten und ihre Populationen stärken wollen, müssen wir mit dem aufhören, von dem wir wissen, dass es Artenvielfalt, Klima und Böden schadet, und anfangen, sie zu schützen. Dazu hat sich die EU nach jahrelangen und zähen Verhandlungen und trotz des Erstarkens der Rechtspopulisten infolge der Wahl zum Europaparlament Mitte Juni endlich entschlossen. „Die Verabschiedung des Renatu-

rierungsgesetzes durch die europäischen Umweltminister:innen ist ein Riesenerfolg für den Schutz der Natur“, so Olaf Bandt vom Bund für Umwelt und Naturschutz Deutschland (BUND). „Es ist die wichtigste Initiative im europäischen Naturschutz seit 30 Jahren und ein Zeichen der Hoffnung, dass am Ende des mehr als zweijährigen Gesetzesprozesses nun dieser finale Beschluss steht. Damit die Natur uns vor Katastrophen und der Klimakrise schützen kann, müssen Ökosysteme wie Flüsse, Wälder und Moore

dringend großflächig renaturiert werden.“

Ziel der neuen Verordnung ist es, Maßnahmen zu ergreifen, um bis 2030 mindestens 20 Prozent der Land- und Meeresflächen der EU und bis 2050 alle sanierungsbedürftigen Ökosysteme wiederherzustellen. Sie zielt darauf ab, den Klimawandel und die Auswirkungen von Naturkatastrophen abzuschwächen. Für jedes der aufgeführten Ökosysteme – von Land über Meeres- und Süßwasser- bis hin zu städtischen Ökosystemen – werden spezifische, rechtsverbindliche Ziele und Verpflichtungen für die Wiederherstellung der Natur festgelegt.

Die neuen Vorschriften sollen dazu beitragen, geschädigte Ökosysteme in den Land- und Meereslebensräumen der Mitgliedstaaten wiederherzustellen, die übergeordneten Ziele der EU in Bezug auf Klimaschutz und Anpassung zu erreichen und die Ernährungssicherheit zu verbessern.

Dabei sollen die EU-Länder bis 2030 bei der Umsetzung der Wiederherstellungsmaßnahmen vor allem die bestehenden Natura-2000-Gebiete in den Fokus nehmen und die bestehenden Vorgaben von FFH-Gebieten rigoros durchzusetzen.

Um auch dem dramatischen Rückgang der wildlebenden Insektenbestäuber in Europa entgegenzuwirken, enthält die Verordnung spezifische Anforderungen für Maßnahmen, die den Trend der letzten Jahrzehnte bis spätestens 2030 umkehren sollen.

Die Verordnung legt spezifische Anforderungen für verschiedene Arten von Ökosystemen fest, darunter landwirtschaftliche Flächen, Wälder und städtische Ökosysteme. Nun sind die Mitgliedstaaten aufgefordert, Maßnah-

men zu ergreifen, die darauf abzielen, mindestens zwei von drei Indikatoren zu verbessern: die Population von Grünlandschmetterlingen, den Bestand an organischem Kohlenstoff in Acker-Mineralböden und den Anteil an landwirtschaftlichen Flächen mit vielfältigen Landschaftsmerkmalen. Die Erhöhung der Population von Waldvögeln und die Sicherstellung, dass es bis Ende 2030 keine Nettoverluste an städtischen Grünflächen und Baumkronen gibt, sind ebenfalls Schlüsselmaßnahmen des neuen Gesetzes. Alle EU-Länder sollen zudem Maßnahmen ergreifen, um entwässerte Mooregebiete wiederherzustellen und bis 2030 auf EU-Ebene mindestens drei Milliarden zusätzliche Bäume zu pflanzen. Um bis dahin auch wenigstens 25 000 Kilometer in frei fließende Flüsse zu verwandeln, sollen die Länder vom Menschen verursachte Hindernisse für die Verbindung von Oberflächengewässern beseitigen.

Nach den neuen Vorschriften müssen die EU-Staaten nun vorausplanen und der Kommission nationale Wiederherstellungspläne vorlegen, aus denen hervorgeht, wie sie die Ziele erreichen wollen. Außerdem müssen sie ihre Fortschritte anhand von Biodiversitätsindikatoren überwachen und darüber berichten.

„Auf europäischer Ebene braucht es jetzt einen Naturschutz-Fonds“, so BUND-Vorsitzender Olaf Bandt, „damit die Ziele aus dem Gesetz erreicht werden können. Und es liegt nun an der Bundesregierung: Sie muss sich unverzüglich an die Arbeit machen und die europäischen Vorgaben in Zusammenarbeit mit allen maßgeblichen Akteuren zügig und vollständig umsetzen.“

## Pressestimmen

Der Europarechtsexperte Peter Hilpold hat der von der [österreichischen] ÖVP angekündigten Nichtigkeitsklage vor dem Europäischen Gerichtshof (EuGH) aufgrund der Zustimmung von [Österreichs] Umweltministerin Leonore Gewessler (Grüne) zum EU-Renaturierungsgesetz wenig Chancen eingeräumt. Er sah eindeutig ein „rechtsgültiges Zustandekommen“ des Gesetzes, obwohl Gewessler in einer „Grauzone“ agiert habe.

trend.at

Gegen strengere Auflagen hatten in verschiedenen Ländern Europas Bauern protestiert – und Zugeständnisse bekommen. Viele Vorgaben, um die Landwirtschaft umweltfreundlicher zu machen, wurden gestrichen, etwa ein Gesetz zur Begrenzung von Pestiziden. Zahlreiche Ausnahmen schwächen das Paket: So können zum Beispiel in Krisenzeiten die Umweltregeln außer Kraft gesetzt werden.

Die Zeit

Der Deutsche Bauernverband hat die Zustimmung der EU-Staaten scharf kritisiert. Bauernpräsident Joachim Rukwied sagte, damit ignoriert die Umweltminister das Ergebnis der Europawahl. „Man kann uns Bauern nicht par ordre du mufti vorschreiben, wie wir zu wirtschaften haben. Das löst Widerstände aus.“ Wer glaube, mit Ordnungsrecht der Natur zu helfen, erreiche das Gegenteil. Naturschutz gehe nur mit den Bauern.

web.de

Der Westfälisch-Lippische Landwirtschaftsverband (WLV) hält die EU-Pläne für einen „Angriff auf die Ernährungssicherheit“. „Etliche Studien mit Folgeabschätzungen zur sogenannten Farm-to-fork-Strategie kommen übereinstimmend zu dem Ergebnis, dass deren Umsetzung die europäische Erzeugung von Nahrungsmitteln deutlich verringern würde. Alleine beim Getreide sind Rückgänge von über 20 Prozent zu erwarten“, erklärte WLV-Präsident, Hubertus Beringmeier.

Top Agrar

Aus der Unionsfraktion im Bundestag kommt scharfe Kritik. Für den stellvertretende Fraktionsvorsitzenden, Steffen Bilger, ist aktuell nicht der Zeitpunkt für Beschränkungen der Lebensmittelproduktion: „Wer jetzt zusätzliche landwirtschaftliche Flächen aus der Produktion herausnehmen und den Pflanzenschutz pauschal beschneiden will, verkennt den Ernst der Lage.“

Die CSU-Agrarpolitikerin im Europaparlament, Marlene Mortler, wird noch deutlicher. Mit ihrer Entscheidung zeige die EU-Kommission „Irrsinn statt Realitätssinn“.

Top Agrar



# Wendländische Segler:innen verhindern Pullback im Mittelmeer

Am 21. Juni gegen 11 Uhr hat die Besatzung des deutschen Segelboots TROTAMAR III 52 Menschen aus akuter Seenot gerettet und dabei einen illegalen Pullback durch die anwesende sogenannte Libysche Küstenwache verhindert. Dabei handelte es sich um Flüchtende, die in einem Schlauchboot aus Zuwara in Libyen aufgebrochen waren. Seit 7 Uhr morgens hatten die Koordinierungsstellen für die Seenotrettung nicht auf den Notruf reagiert, den die Crew nach der Sichtung abgesetzt hatte.

Die 13 Meter lange Segelyacht TROTAMAR III ist seit August 2023 im bisher siebten Einsatz auf der Route zwischen Lampedusa und Nord-Afrika unterwegs. Das wendländische *CompassCollective* sucht regelmäßig die Region nach Seenotfällen ab und rettet im Ernstfall auch selbst. An Bord des Segelbootes befinden sich Rettungswesten für 180 Menschen, zwei „Centifloats“ genannte Rettungsschläuche und Rettungsinseln, um im schlimmsten Fall Menschen über Wasser halten zu können.

An besagtem Vormittag Ende Juni blieb der Crew keine andere Wahl, als die Menschen direkt auf ihr Boot aufzunehmen. Sie wurden mit Wasser, Tee, warmem Essen und Rettungsdecken versorgt. Auch sogenannte „Fuel Burns“, also Hautreizungen durch ein

Treibstoff-Salzwasser-Gemisch werden an Bord behandelt.

Schon fünf Tage vor diesem bisher umfangreichsten Einsatz versuchte die Crew der TROTAMAR III einem Boot in Seenot zur Hilfe zu eilen. Die 47 Menschen an Bord hatten weder Wasser noch Nahrung und in ihrer Not angefangen, Seewasser zu trinken. Leider wurde die Hilfe blockiert, indem ein bewaffnetes Boot der tunesischen Küstenwache den Skipper aufforderte, sofort die tunesischen Territorialgewässer zu verlassen.

Bei Redaktionsschluss warteten die Crew der TROTAMAR III und die 52 geretteten Menschen auf die dringend benötigte Zuweisung eines sicheren Hafens. Das dies angesichts der Enge auf dem 13 Meter langen Segelboot nur Lampedusa sein kann, stand für alle Beteiligten von Anfang an außer Frage.

Die Verstärkung der *Civil Fleet* im Mittelmeer stammt aus dem Wendland, der Region in Niedersachsen, die vierzig Jahre lang von der Auseinandersetzung um die Atomenergie geprägt wurde. Zivilgesellschaftlicher Protest konnte am Ende ein Atom-müll-Endlager in Gorleben verhindern und bringt jetzt den Rückenwind, um solidarisch gegen Abschottung und das Sterben auf dem Mittelmeer anzusetzen.





Vor 25 Jahren: Mitte November 1999 zogen 150 wendländische Trecker mit 6000 Demonstrant:innen als „Stunkparade“ durch Berlin und forderten von der rot-grünen Bundesregierung den sofortigen Atomausstieg.

Bürgerinitiative Umweltschutz  
Lüchow-Dannenberg e. V.  
Rosenstraße 20 • 29439 Lüchow  
Mo, Mi, Fr: 9 – 16 Uhr • Di, Do: 9 – 18 Uhr  
☎ 05841 - 4684  
buero@bi-luechow-dannenberg.de  
www.bi-luechow-dannenberg.de



## Die Undine-von-Blotznitz-Hütte hat ein runderneueres Dach! Wir laden ein zum Hüttenfest auf dem ehemaligen Salinas-Gelände.

Samstag, 10. August, ab 14:00 Uhr  
Atoanlagen, Gorleben  
Musik, Getränke, Geschichten und Infos

Liebe BI, jetzt will ich auch was tun!

Name ..... Vorname .....  
Straße ..... Hausnummer .....  
PLZ, Ort ..... E-Mail .....  
Datum ..... Unterschrift .....

Ich möchte eins von über 1000 Mitgliedern der BI werden. Bitte schicken Sie den Aufnahmeantrag per Post oder E-Mail (Jahresbeitrag Standard: € 50; Familie: € 60; reduziert: € 15).

Ich möchte die „Gorleben Rundschau“ künftig regelmäßig (4 x im Jahr) und weiteres Infomaterial unregelmäßig zugeschickt bekommen (jew. kostenlos).

Ich unterstütze Sie mit einer (regelmäßigen) Spende. Bitte buchen Sie von meinem Konto ab:

einmalig EUR .....

monatlich EUR .....

Kontoinhaber ..... Name der Bank .....

BIC ..... IBAN .....

Ich möchte Ihnen meine Spende lieber per Überweisung oder Dauerauftrag zukommen lassen:

BI Umweltschutz Lüchow-Dannenberg e.V. • Sparkasse Uelzen Lüchow-Dannenberg

IBAN: DE24 2585 0110 0044 0607 21 • BIC: NOLADE21UEL

Bitte das ausgefüllte Formular per Post an die oben genannte Adresse schicken.